

199. Sitzung des Grossen Gemeinderates

28. April 2008, 19:00 Uhr, Gemeindesaal Lötschberg, Spiez

Vorsitz	Christoph Hürlimann
Anwesende Mitglieder	<p>EDU Barbara Gradwell Werner Iseli</p> <p>EVP Godi Bärtschi Andreas Bürki Markus Kiener</p> <p>FDP Urs Gurtner Ernst Hautle Daniel Lanz Monika Lanz</p> <p>FS Christoph Hürlimann Evi Hürlimann Theres Indermühle Gerhard Schafroth</p> <p>GFL Klaus Aegerter Anna Büchi</p> <p>JL Nadja Keiser</p> <p>SP Eliane Baumann Peter Beyeler Irma Grandjean Annina Hauck Bernhard Hauck Walter Holderegger Joachim Nelles Ulrich Nyffenegger Astrid Thöni Albert Trummer Ursula Zybach</p> <p>SVP Willi Briggen Jolanda Brunner Kurt von Känel Peter Kislig Hans Leuthold Urs Maibach Paul Müller Marianne Roe Jürg Staudenmann</p>
Anwesend zu Beginn	36 Mitglieder; der Rat ist beschlussfähig
Jugendrat	Philipp Zimmermann

Sekretär	Konrad Sigrist	
Protokollführer	Adrian Zürcher	
Presse	Jürg Spielmann Nicole Mani Hanspeter Maurer Madeleine Fritschi	Berner Oberländer / Thuner Tagblatt Radio BeO
ZuhörerInnen	ca. 7 Personen	
Vertreter Gemeinderat	Franz Arnold, Gemeindepräsident Klaus Brenzikofer Ursula Erni Kurt Frei Jacqueline von Känel Christian Zaugg	SP SVP EVP SP SP FS
Entschuldigt	Stefan Kocherhans, Gemeinderat (Ferien)	FDP

ERÖFFNUNG

Der Vorsitzende begrüsst die Mitglieder beider Räte, die Vertreter der Medien, den Vertreter des Jugendrates, den Sekretär, den Protokollführer sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer zur 199. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Spiez.

Nachdem die vermeintliche, von ihm erhoffte Aufbruchstimmung im Zusammenhang mit dem Hotelprojekt Schonegg offenbar auf der Strecke geblieben ist, hat er sich überlegt, was es für andere positiv wirkende Gegebenheiten gibt, welche die meisten von uns spüren könnten. Im Internet hat er nach dem Stichwort „positive Wirkung“ gesucht. Er hat vieles gefunden. Unter anderem:

- Ökomassnahmen und ökologischer Leistungsnachweis haben messbar zu einer Verminderung der Umweltbelastung durch die Landwirtschaft geführt. Die Belastung von Gewässern und Luft mit Nitrat, Phosphor und Amoniak hat abgenommen und die ökologischen Ausgleichsflächen tragen zu einer Stabilisierung und Förderung der Biodiversität der Agrarlandschaft bei. Es fragt sich, wie dies wohl in dieser Hinsicht bei den Privatgärten aussieht?
- Das Anreizmodell in der Sozialhilfe zeigt positive Wirkung. Arbeit soll sich lohnen. Unter diesem Motto hat der Kanton Basel-Stadt ein Pilotprojekt für ein erweitertes Unterstützungsmodell in der Sozialhilfe gestartet. Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler dürfen bei einem Erwerbseinkommen einen Drittel behalten. Die Resultate zeigen das Anreizmodell als grundsätzlichen Erfolg. Dies könnten wir vielleicht bei uns auch einmal ausprobieren.
- Sportler weltweit schwören auf die positive Wirkung von Original Minus-Ionenprodukte. In Japan ist die positive Wirkung dieser Produkte schon lange bekannt. Über die Verbreitung im Hochleistungssport treten sie ihren Siegeszug über Asien, USA nach Europa an. Japanische und koreanische Athleten trugen an der Fussball-WM 2002 entsprechende Armbänder und Halsketten um das körperliche Wohlbefinden zu erhöhen. Er erwartet, dass alle an der nächsten Sitzung mit Armbändern und Halsketten ausgerüstet sind.

- Fettreiche Produkte, wie Vollmilch oder Käse haben offenbar eine positive Wirkung auf die Fruchtbarkeit von Frauen. Er hat angenommen, dass er damit sein Übergewicht rechtfertigen könne.
- Mässiger Weinkonsum hat eine positive Wirkung und schützt vor Kreislaufkrankheiten. Den Nachweis für diese Aussage erbrachten Wissenschaftler aus Holland. In einer Langzeitstudie untersuchten sie 1'400 Männer. Die Studie erstreckte sich über einen Zeitraum von 40 Jahren. Ihr Fazit: Ein täglicher Weinkonsum von 1 - 2 Gläser kann lebensverlängernd wirken. Ob dies auch für Frauen gilt, steht nicht geschrieben.
- Eine positive Wirkung hatte auch unser Auftritt an der vifra in Visp. Die Oberwalliser waren in verschiedenster Hinsicht beeindruckt von unserem Auftritt. Den Verantwortlichen wird für die grosse Arbeit zugunsten des Images unserer Gemeinde bestens gedankt. Der Gemeindepräsident wird anlässlich seiner Informationen noch auf diesen Anlass zu sprechen kommen.

Eine positive Wirkung sollte seiner Ansicht nach auch die politische Arbeit hier bewirken. Bei all unseren Anfragen und Vorstössen ist die Wirkung ausschlaggebend für den Erfolg unserer Arbeit. Wenn die Wirkung in Form von Mehrarbeit und Kosten erzielt wird, hat man womöglich in die falsche Richtung gezielt. Er hofft, dass alle Vorstösse mit möglichen positiven Wirkungen hinterfragt werden, bevor die Verwaltung damit bemüht wird. In diesem Sinne hofft er auch, dass seine Worte eine positive Wirkung haben.

T R A K T A N D E N L I S T E

- 176. Sitzung vom 25. Februar 2008
- 177. Zentralschulkommission / Feststellungsbeschluss
- 178. Schulpavillons Hofachern / Kauf, Kreditabrechnung
- 179. Informationen des Gemeindepräsidenten
- 180. Neue Wege in der Sozialhilfe / Beantwortung EA J. Brunner (SVP)
- 181. Minigolfanlage Bucht / EA H. Leuthold (SVP)
- 182. Wegführung Jakobsweg / EA W. Holderegger (SP)
- 183. Kontrolle der Sozialhilfe und Verhinderung von Missbrauch im Sozialbereich / Motion SVP-Fraktion (J. Staudenmann)
- 184. Überprüfung Gemeindepolizeiwesen / Motion FDP-Fraktion (U. Gurtner)
- 185. Tagesschule Spiez / Motion FDP-Fraktion (M. Lanz)
- 186. Rauchfrei in öffentlichen Gebäuden / Motion EVP-Fraktion (U. Erni), Abschreibung
- 187. Gerichtskreis Berner Oberland / Motion FDP-Fraktion (U. Gurtner), Abschreibung
- 188. Einsparungen im Gemeindevoranschlag / Motion FDP-Fraktion (U. Gurtner), Abschreibung
- 189. Marktwert Hotelzone Schoneggpark / Motion FDP-Fraktion (E. Haultle)
- 190. Schoneggpark / Motion SVP-Fraktion (J. Staudenmann)
- 191. Nischenarbeitsplätze / Motion EVP-Fraktion (G. Bärtschi)
- 192. Kultur, Sport und Bildung für alle / Motion EVP-Fraktion (A. Bürki)
- 193. Ergänzung Gemeindepolizeireglement / Motion EVP-Fraktion (M. Kiener)
- 194. Benützungstarif Gemeindezentrum Lötschberg / Motion W. Holderegger (SP)

den, welche nicht genau voraussehbar waren. Diese mussten nicht ganz ausgeschöpft werden, deshalb entstand diese Unterschreitung. Die GPK empfiehlt, der Kreditabrechnung zuzustimmen.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 40 g) der Gemeindeordnung

b e s c h l i e s s t

Die Kreditabrechnung für den Kauf der Schulpavillons Hofachern mit einem Kostenaufwand von Fr. 298'477.45 wird genehmigt.

179 1.401 Gemeindepräsident Informationen des Gemeindepräsidenten

Hohe Nettokosten in der Sozialhilfe

Ursula Erni: Anfangs 2007 hat der Gemeinderat in den Sozialen Diensten Handlungsbedarf festgestellt und eine externe Überprüfung bei der Fachhochschule für Soziale Arbeit in Bern in Auftrag gegeben. Aufgrund dieses Analyse-Berichts, der auf verschiedenen Ebenen dringlichen Handlungsbedarfs aufzeigte, stellt der Gemeinderat Mittel für eine Aufarbeitung und Begleitung durch die Fachhochschule zur Verfügung. Mit dem Start dieser Massnahme wollte man bis zum Antritt des neuen Abteilungsleiters zuwarten. Im September 2007 hat die Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) den Vergleich der Nettokosten im Kanton Bern publiziert. Das Niderrsimmental schnitt dabei nicht erfreulich ab. Diese unschöne Tatsache verlangte nach einer fundierten und möglichst raschen Aufklärung der Gründe. Der Gemeinderat ist an die Gesundheits- und Fürsorgedirektion gelangt, worauf im Dezember 2007 eine ausserordentliche Sozialhilferechnungsüberprüfung durchgeführt wurde. Die Ergebnisse der GEF deckten sich zusätzlich weitgehend mit Empfehlungen der Vorrevision der Gemeinderevisionsstelle „Ernst & Young“. Im Oktober 2007 hat Daniel Bock, der neue Abteilungsleiter der Sozialen Dienste die Arbeit aufgenommen. Dank seiner intensiven und professionellen Einarbeitung gewann er schnell einen Überblick in die Abteilung und konnte die gemachten Erkenntnisse bestätigen und ergänzen. Die Ergebnisse, welche zu diesen hohen Nettokosten geführt haben und die bereits umgesetzte Massnahmen werden später noch eingehend erläutert.

Es wurden folgende Feststellungen gemacht:

Zwingender Handlungsbedarf wurde in den Aufbau- und Ablaufstrukturen festgestellt inkl. fehlende Steuerungsinstrumente. Die Entflechtung der Vormundschaft und der Sozialhilfe sind nicht vollständig vollzogen (Umsetzung des Sozialhilfegesetz von 2002). Ein einheitliches internes Kontrollsystem fehlt weitgehend (IKS). Die Datenkonsistenz ist nicht vorhanden – Reports zur Steuerung

der Abteilung sind nicht möglich, der fehlende Sozialbericht wirkt sich aus. Die Führungskultur war intransparent und eine Jahresplanung fehlte.

Der Vergleich der Sozialhilfestatistik ergibt, dass die Struktur der Unterstützungseinheiten betreffend Lebensform und der Fallstruktur, d.h. mehr Einpersonenhaushalte/Alleinerziehende usw. vom kantonalen Mittel abweicht. Diese Faktoren sind kostentreibend. Einpersonenhaushalte kommen pro Kopf teurer zu stehen als Zweipersonenhaushalte. Bei den langjährigen Fällen sind die notwendigen Massnahmen zum Beispiel Integration in den ersten Arbeitsmarkt wesentlich intensiver.

Was wurde bereits unternommen

- Jahresplanung
- Reorganisation ist eingeleitet (Prozessüberprüfung und Aufbaustruktur wird angepasst)
- einheitliche sozialarbeiterische Standards: (z. B. Besitz oder Anschaffung Auto/Unterstützung Junge Erwachsene/Umgang mit Zahnbehandlungskosten mit Bezug Vertrauenszahnarzt und Missbrauch als Beispiel in den Motions-Unterlagen beigelegte Handbucheintrag)
- internes Kontrollsystem ist im Aufbau
- Datenkonsistenz
- Abklärungsmodul im Programm zur vorübergehende Beschäftigung
- Überprüfung und Optimierung der Zusammenarbeit als Sitzgemeinde mit den 6 Anschlussgemeinden
- Zusammenarbeit Sozialkommission überprüfen und optimieren

Es gibt aber auch Bereiche, bei denen die Sozialen Dienste keinen Einfluss haben (Massnahmekosten aus Entscheiden über Heimplatzierungen des Regierungsstatthalters etc.). Die suboptimale Raumsituation der Sozialen Dienste hat nicht zur Effizienz beigetragen.

Abschliessend gilt es noch anzumerken, dass die hohen Nettokosten in einer Phase entstanden sind, wo eine zu 100% angestellte Sozialarbeiterin 153 Fälle, sprich Dossiers zu betreuen hatte – die GEF schlägt im Maximum 100 Fälle vor. Dadurch entstand dem Kanton pro Jahr ein Spareffekt von ca Fr. 450'000.00.

Schulsozialarbeit

Am 10. September 2007 hat der Grosse Gemeinderat die Motion Schulsozialarbeit überwiesen und eine 90%-Stelle für die Schulsozialarbeit befristet auf 3 Jahre (Pilotphase) geschaffen. Die Vorsteherinnen Bildung und Soziales haben mit den wichtigsten Vertreterinnen und Vertretern aus beiden Bereichen unverzüglich die Konzeptarbeit aufgenommen. Das ehrgeizige Ziel war, das Projekt im Sommer 2008 starten zu können. Die Durchführung eines derart komplexen Projekts setzt bei allen beteiligten Organisationen eine gut eingespielte Aufbau- und Ablauforganisation voraus. Das Wesen eines Projekts ist der gemeinsame Versuch, etwas Neues zu schaffen. Das kann aber nur möglich werden, wenn adäquate personelle und strukturelle Ressourcen bei den beteiligten Organisationen vorhanden sind. Die Sozialen Dienste befinden sich zurzeit in einer umfangreichen Reorganisation, die erst im Verlaufe des Jahres 2009 abgeschlossen sein wird. Gleichzeitig befindet sich auch das Schulwesen in einer komplexen Umbruchphase (Teilrevision Volksschulgesetz). Gerade weil die Schulsozialarbeit so wichtig ist, müssen wir den Mut haben, die Einführung bzw. das Projekt zu verschieben. Verschieben auf den Zeitpunkt, wo die Schule und die Sozialen Dienste fit für etwas entscheidend Neues sind. Die Konzeptgruppe hat daher nach eingehender Diskussion den Entscheid gefällt, die Einführung der Schulsozialarbeit bzw. das Projekt um ein Jahr auf Sommer 2009 zu verschieben. Die Konzeptgruppe wird zwischenzeitlich die Übergangphase sinnvoll nutzen und intensiv die bisherige Schnittstelle zwischen Schule und Soziale Dienste zur Nahtstelle umformen. Von diesem Prozess kann das Projekt bzw. die Schulsozialarbeit profitieren bzw. rascher operativ werden. Für das Verständnis und die Unterstützung wird bestens gedankt.

Strategische Ziele des Gemeinderates

Franz Arnold: Der Gemeinderat hat sich im Rahmen einer Klausur im Herbst 2007 und einer Nachfolgeklausur im Frühjahr 2008 mit den politischen Zielsetzungen befasst und hat diese anlässlich der Sitzung vom 31. März 2008 verabschiedet.

- Bisher wurden die Legislaturziele durch den Gemeinderat festgelegt. Gegen Ende der Legislatur wurden diese überprüft. Erreichte Ziele wurden abgehakt, andere überarbeitet und weitere Ziele neu festgelegt. Zuhanden des Gemeinderates der neuen Legislatur hat der bisherige Gemeinderat einen Vorschlag von neuen Legislaturzielen ausgearbeitet. Der Gemeinderat in neuer Zusammensetzung hat diese überprüft, korrigiert, ergänzt und verabschiedet. Da in der nächsten Legislatur mindestens zwei neue VertreterInnen im Gemeinderat sein werden, hat sich der Gemeinderat an die Überarbeitung der Legislaturziele gemacht und eine neue Form gewählt.
- Feststellungen nach bisherigem System
 - Viele Zielsetzungen (grosser Umfang)
 - Oftmals ohnehin durch übergeordnete Gesetzgebung vorgegeben
 - Oftmals nicht messbar formuliert und demzufolge nicht oder kaum überprüfbar
- Zielsetzung Gemeinderat > neues System
 - Klare Grundsätze
 - Konkretisierte Massnahmen
 - Möglichst messbare Ziele mit laufender Überprüfbarkeit
- Übergeordnete Grundsätze:
 - Wirtschaft – Gesellschaft – Ökologie in direkter Abhängigkeit Zusammenhang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen
- Das Parlament legt mit der Verabschiedung der Produktegruppenbudgets jährlich die Erfüllung des „courant normal“ fest. Aufgaben, die uns per Gesetz (Bund, Kanton, Gemeinde) aufgetragen sind sowie selbstgewählte Aufgaben werden in Form der Produktegruppendefinitionen (politische Zielsetzung, Standard, Indikator, Ergebnis) festgelegt, geführt und überprüft.
- Der Gemeinderat legt Legislaturziele für eine Legislaturperiode fest; die dazugehörigen Massnahmen sorgen für die Erfüllung der Aufgaben und die Erreichung der gesetzten Ziele, insbesondere kann die Zielerreichung anhand der konkreten Massnahmen überprüft, nötigenfalls korrigierend eingegriffen werden.
- Grundsatz : Weniger Elemente, diese aber konkret, steuerbar und greifbar.
- Der Gemeinderat und die Kommissionen entscheiden gestützt auf diese Zielsetzungen.

Anwendung/Vorgehen

- Erarbeitung, Verabschiedung durch den Gemeinderat, Information des GGR
- Bedienung der Kommissionen mit den strategischen Zielsetzungen und den dazugehörigen Massnahmen.
- Überprüfung der strategischen Zielsetzungen und Massnahmen durch den Gemeinderat der neuen Legislatur, erneute Information der Behörden (GGR, Kommissionen)

Postulat Leitbild Nachhaltige Entwicklung

- Das Postulat beauftragt den Gemeinderat ein Leitbild zu entwickeln; dieses liegt in dieser Form vor und soll sich in der Anwendung als nützliches Instrument der politischen Führung erweisen.
- Der Gemeinderat wird sich regelmässig mit der Frage, ob die Ziele erreicht werden, auseinandersetzen (Controllingsitzung).

- Diese Form der Festlegung der Ziele und deren Überprüfung soll in der nächsten Legislatur angewendet werden und laufend verfeinert, bzw. den aufkommenden Bedürfnissen angepasst werden.
- Das überwiesene Postulat in Sachen Leitbild soll nach der Bearbeitung des Gemeinderates in der neuen Zusammensetzung für die Legislatur 2009 bis 2012 dem GGR zur Abschreibung beantragt werden.

Schoneggpark

Das Referendum gegen den Beschluss des GGR vom 25. Februar 2008 ist zustande gekommen. In der 2. Hälfte Mai findet ein Gespräch mit dem Investor bezüglich Qualifikation des Schreibens und der Sistierung des Angebotes statt. Je nach Stellungnahme des Investors wird das Amt für Gemeinden und Raumordnung um rechtliche Beurteilung der Sachlage angegangen. Selbstverständlich werden die formellen Vorgaben in der Behandlung dieses Geschäftes ebenso beachtet, wie das in allen übrigen durch den Gemeinderat behandelten Geschäften der Fall ist. Die Öffentlichkeit wird gemäss Informationskonzept der Gemeinde Spiez informiert.

Il Melograno

Die Gerüchte, wonach der Pächter des Restaurants Il Melograno seinen Vertrag mit der Gemeinde vorzeitig auflösen will, sind falsch. Im Gegenteil setzt sich der Pächter für neue, innovative Ideen ein, um den Gästen einen noch besseren Service bieten zu können.

Prachatice

Auch in diesem Jahr wurde die Gemeinde Spiez ans Salzfest nach Prachatice eingeladen. Eine Delegation unter der Führung von Walter Holderegger wird nach Prachatice reisen. Interessierte können sich bei ihm melden, es sind noch einige Plätze frei.

vifra 2008 in Visp

Die Gemeinde Spiez war anlässlich der vifra in Visp vom 18. - 23. April 2008 Ehrengast. Es war ein schöner Auftritt von Spiez in Visp und es wurde rundherum positiv von Spiez gesprochen. Es sind verschiedene, interessante musikalische Darbietungen von Spiez präsentiert worden. Die Verantwortlichen der vifra haben ausgeführt, dass dank dem Ehrengast Spiez ein neuer absoluter Besucherrekord verzeichnet werden konnte. Es konnte zudem festgestellt werden, dass viele Spiezer Bürger die Ausstellung besucht haben. Im Herbst ist Visp als Ehrengast an der WGA in Spiez vertreten.

Personelles

Der langjährige Liegenschaftsverwalter der Gemeinde Spiez, Beat Hostettler, hat seine Anstellung gekündigt um sich einer neuen Aufgabe zu widmen. Er hat sehr viel Herzblut in seine Aufgabe als Liegenschaftsverwalter gesteckt. In der Person von Daniel Wyss aus Spiez konnte ein geeigneter Nachfolger gefunden werden. Er wird seine Stelle am 1. Juli 2008 antreten.

Motion Masterplan Bucht Spiez

Die Motion wird anlässlich der nächsten Sitzung vom 23. Juni 2008 behandelt, da der Vorsteher Umwelt und Planung, Stefan Kocherhans, in den Ferien weilt und sich für die heutige Sitzung entschuldigen lassen muss. Der Motionär wurde vorgängig vom Gemeinderat orientiert. Er kann dem Vorgehen zustimmen.

Euro08 / Gemeinsam für Malawi

Im Rahmen der Aktivitäten rund um die Euro08 wird in Thun und Spiez ein Benefizanlass für den Aufbau einer Bildungsstätte für Jugendliche im afrikanischen Malawi unterstützt. Es ist folgendes Programm vorgesehen:

- 26. Juni 2008, 17.45 Uhr Podiumsdiskussion UBS-Arena Thun zum Thema Bildung und Sport
- 28. Juni 2008, 13.20 Uhr Fussballturnier mit BSC YB und FC Thun, ABC-Zentrum Spiez
- 28. Juni 2008, 17.45 Uhr Konzert in der UBS-Arena Thun mit diversen Bands

Information Postauto AG - ASKA

Christian Zaugg: Bekanntlich übernimmt die Postauto AG auf den Fahrplanwechsel vom 14. Dezember 2008 die regionalen Buslinien Spiez - Krattigen - Aeschi und Spiez - Spiezwiler - Hondrich - Aeschi - Aeschiried. Ebenfalls das Ortsbusnetz Spiez - Faulensee - Gütital und Spiez - Studweide - Hondrich. Am 10. April 2008 hat die Postauto AG den Gemeinden Aeschi, Krattigen und Spiez ihr Konzept vorgestellt. Der Auftritt der Verantwortlichen war sehr positiv. Ein besonderes Augenmerk soll der Fahrplanoptimierung gewidmet werden. Die Anschlusszeiten zwischen Bahn und Bus sollen verbessert werden. In dieser Hinsicht sieht es recht positiv aus. Allerdings bleiben gewisse Mängel bestehen, da Spiez seit 2004 seine Knotenfunktion verloren hat. Deshalb können nicht in allen Richtungen optimale Anschlusszeiten gewährleistet werden. Der Ortsbus Faulensee - Gütital soll im gleichen Umfang angeboten werden (mit Anschluss Seepark/Bürg). Die Postauto AG zeigt auch Interesse an der Seebuslinie. In nächster Zeit werden Gespräche zwischen der Gemeinde Spiez, der Postauto AG und der BLS geführt. Wenn eine finanziell befriedigende Lösung gefunden werden kann, wird die Seebuslinie auch in Zukunft betrieben werden können. Mit dem Wechsel zeichnet sich auch für das Personal der ASKA eine gute Lösung ab. Die Postauto AG ist gewillt, alle Chauffeure zu übernehmen. Nach weiteren Gesprächen mit der Postauto AG haben die Gemeindevertreter festgestellt, dass die Zusammenarbeit mit der Postauto AG gut klappen wird und sich die Kunden auf einen guten Service freuen können.

Informationen aus dem Jugendrat

Philipp Zimmermann: Er wird sich als Vertreter des Jugendrates im GGR verabschieden, da er neu das Präsidium der Grünen Spiez übernommen hat. Dies steht zwar nicht im Widerspruch zu seiner Tätigkeit im Jugendrat und er wird weiterhin im Jugendrat tätig bleiben. Man kam jedoch im Jugendrat zum Schluss, dass es besser ist, wenn er sein repräsentatives Amt gegen Aussen abgibt (Vertreter Jugendrat im GGR). Damit soll von vornherein vermieden werden, dass der Jugendrat in politische Ränkespiele verwickelt wird. Er dankt für die Zeit im GGR, welche ihm sehr gefallen hat. An der nächsten Sitzung wird wieder Daniel Dunkelmann und nach Möglichkeit ein weiterer Vertreter des Jugendrates im GGR vertreten sein.

Der Vorsitzende dankt Philipp Zimmermann für seine guten Ideen, welche er in den GGR eingebracht hat.

180 1.304 Einfache Anfragen

Neue Wege in der Sozialhilfe / Beantwortung EA J. Brunner (SVP)

Antwort des Gemeinderates

Ursula Erni: Der Artikel im Beobachter beleuchtet 2 Aspekte der Sozialhilfe

1. Missbrauch bzw. Missbrauchsverhinderung
2. Berufliche Integration

Der ausgewiesene Erfolg des Programms ist gut – rund 25% der Gesuchstellenden halten ihren Antrag auf Sozialhilfe nach der Absolvierung von „Passage“ nicht mehr aufrecht. Aus dem Artikel geht aber leider nicht hervor, wie sich die 25% zusammensetzen. Sind es Drückeberger, potenzielle Missbräuche oder einfach nur solche, die ihr Gesuch infolge Scham zurückziehen? Interessant

wäre auch zu wissen, wie viele von den 25% später wieder an die Türe der Sozialhilfe klopfen, dann meistens in weit schlechterem Zustand als vorher.

Dieser kurze Abriss zeigt eines auf. Die beiden Aspekte sind wohl verwandt, dürfen aber nicht vermischt werden. Die Sozialen Dienste Spiez gehen daher klar ausgeschilderte Wege.

Im Zuge der Missbrauchsverhinderung werden präventive und kurative Massnahmen eingesetzt.

Präventive Massnahmen

- Konsequente und transparente Information bei Gesuchstellung
- Umfassende Erstabklärungen
- Informationsbeschaffungen bei zuweisenden Stellen
- Datenaustausch mit Steuerverwaltung und Ausgleichskasse
- Intakebesprechung – Fallvorstellung – Entscheid Aufnahme
- Obligatorisches Abklärungsmodul (sofern nicht erziehungsbedingte oder gesundheitliche Einschränkungen vorliegen)
- Verbindliche Zielvereinbarungen mit Unterschrift Gesuchsstellende
- Regelmässige Besprechungstermine
- Überprüfung der Zielerreichungen
- Regelmässige Dossierkontrollen
- Supervision / Intervention
- Hausbesuche

Kurative Massnahmen

- Erweiterte Auskunftsbeschaffung bei Verdacht auf Unregelmässigkeiten
- Zusätzliche ärztliche Abklärungen – Zweitmeinung
- Abklärungsmodul
- Häufigere Beratungstermine auf dem Sozialdienst
- Verschärfte Kontrollen (Zahlungsbelege, etc.)
- Weisung, Kürzung und/oder Einstellung der Sozialhilfe
- Anzeige wegen Betrug

Berufliche Integration in der Zusammenarbeit mit der GEF

Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern (GEF) hat mit der neuen Ermächtigung vom 9. April 2008 die Gemeinde Spiez als Sitzgemeinde für die Jahre 2008 – 2010 autorisiert, Fr. 1'139'485.00 für die Bereitstellung von Beschäftigungs- und Integrationsangeboten dem Lastenausgleich zuzuführen. Das sind gegenüber der Ermächtigung vom 7. März 2007 ca. 40% mehr Mittel für die Integration von Sozialhilfebeziehenden. Diese zusätzlichen Mittel werden schwerge- wichtig in den Aufbau und die Realisierung des Abklärungsmoduls investiert, welches seit Ende März 2008 operativ ist. Das Abklärungsmodul läuft zwei Wochen. Die KlientInnen werden mit ei- nem standardisierten Anmeldeformular zugewiesen. Anschliessend werden die Ergebnisse disku- tiert und das weitere Vorgehen mit allen Beteiligten abgesprochen.

Fazit

Die Sozialen Dienste gehen die beiden Aspekte Missbrauch und Integration wie geschildert mit diversifizierten Massnahmen an. Dass sich die beiden Massnahmen überlagern können und teil- weise auch sollen ist durchaus im Sinne der Erfinder.

Jolanda Brunner dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort.

181 1.304 Einfache Anfragen

Minigolfanlage Bucht / EA H. Leuthold (SVP)

Wir machen Werbung mit der „schönsten Bucht Europas“. Für viele Spiezer Touristen ist die Bucht der erste Kontakt mit der Gemeinde Spiez. Die ganze Bucht (inkl. Minigolfanlage) ist also die Visitenkarte von Spiez. Touristen haben zu Recht hohe Erwartungen an das touristische Angebot.

Die Minigolfanlage in der Bucht präsentiert sich aber zu Beginn der Sommersaison 2008 in einem ganz schlechten Zustand:

- Aufstehende Teppiche
- Angefaultes, defektes Holz
- Farbe am Holz blättert ab oder ist nicht mehr vorhanden

Herr Gerber hat die Anlage von Spiez Tourismus gepachtet. Spiez Tourismus ihrerseits zahlt der Gemeinde einen Zins. Für den baulichen Unterhalt der Infrastruktur ist die Gemeinde zuständig. Die Minigolfspieler lassen ihren Unmut in Bezug auf den schlechten baulichen Zustand gegenüber Herrn Gerber aus, der aber für diesen Faktor nicht zuständig ist.

Fragen

- Ist sich die Gemeinde des schlechten Zustandes der Anlage bewusst?
- Ist die Gemeinde bereit, ihre Aufgabe betreffend baulichen Unterhalt wahr zu nehmen?
- Sind kurzfristig bis Ende Mai 2008 Massnahme vorgesehen?
- Welche mittelfristige Strategie in Bezug auf Unterhalt der Minigolfanlage ist geplant?

Die Einfache Anfrage wird anlässlich der nächsten Sitzung beantwortet.

182 1.304 Einfache Anfragen

Wegführung Jakobsweg / EA W. Holderegger (SP)

Im Jahre 1998 wurde der Jakobsweg als Europäischer Kultur- und Pilgerweg von der EU lanciert. In der Schweiz wurde der Jakobsweg vom Bodensee bis zum Genfersee mit den braunen Themenwegweisern Jakobsweg signalisiert. Am Thunersee führte der Weg von Interlaken – Sundlauenen – Merligen – über den See nach Spiez – Spiezberg – Riedern – Einigen (Kraftort Kirche) – Amsoldingen (Kraftort Kirche). Im Zuge der Neusignalisation der Kulturwege Schweiz hat SchweizMobil, im Auftrag des Bundes, die Nationalen Kulturwege per 2008 neu festgelegt. Der Jakobsweg dem Thunersee entlang wurde nun als Nr. 4 (via Jacobi) bezeichnet. Dabei wurden die Routenführungen überprüft und „vereinfacht“. Der Jakobsweg führt nun nicht mehr über Spiez, sondern von Merligen über Hilferfingen nach Thun und weiter via Gwatt nach Amsoldingen. Die früher historisch geltend gemachten Argumente wurden bei der neuen Wegführung nicht mehr berücksichtigt. Die braunen Wegweiser wurden allesamt bereits konsequent entfernt. Die Arbeitsgruppe Jakobsweg.ch der Volkswirtschaftskammer Berner Oberland hat in ihrer überarbeiteten Wegbeschreibung, im Hinblick auf die historischen Zeugen am Weg, die Wegstrecke über Spiez als erste Variantenwahl aufgeführt. Leider fehlen nun die nötigen unterstützenden Wegweiser dazu und die Gefahr besteht, dass die Pilger in Zukunft Spiez nicht mehr besuchen werden. Bei der Variante „via Jacobi“ Nr. 4 A über Spiez von der VWKBeO müsste nun mit einem speziellen Wegweisermodell, den letztes Jahr noch gekennzeichneten Jakobsweg, wieder neu markiert werden. Dazu sind Kleinwegweiser zu beschaffen, um an der bekannten Strecke an bestehenden oder neu zu bestimmenden Standorten regelkonform montiert werden können.

Meine Fragen an den Gemeinderat:

Hat der Gemeinderat von dieser Jakobsweg-Umlegung Kenntnis?

Ist er allenfalls bereit, sich für die Variantenlösung Nr. 4 A über Spiez zusammen mit der VWKBeO zu engagieren?

Die Einfache Anfrage wird anlässlich der nächsten Sitzung beantwortet.

183 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen **Kontrolle der Sozialhilfe und Verhinderung von Missbrauch im Sozialbereich / Motion SVP-Fraktion (J. Staudenmann)**

Ausführungen des Gemeinderates

Ursula Erni: Der Gemeinderat kann diese Motion dem Grossen Gemeinderat zur Überweisung empfehlen. Dies dank der umfassenden Grundgearbeiten der Sozialen Dienste und dem vorgängigen konstruktiven Gespräch und dem Entgegenkommen des Motionärs Jürg Staudenmann, den Umsetzungszeitraum bis maximal Ende 2009 zu erstrecken (erster Sozialhilfiebericht im Sommer 2009). Besten Dank für das Verständnis. Der Motionsantwort wurde ein internes Handlungs- und Arbeitspapier der Sozialen Dienste, „missbräuchliche Verwendung von Sozialhilfegeldern“ beigelegt. Es ist ein Anliegen, transparent und offen darzulegen, wie die Haltung im Umgang mit missbräuchlichem Bezug von Sozialhilfe in den Sozialen Diensten ist. Es sind nebst ausführlichen kurativen auch die äusserst wichtigen präventiven Massnahmen aufgeführt. Bei der täglichen Arbeit mit den Klienten ist die regelmässige Kontrolle ein fliessender Prozess, der verantwortungsvoll und konsequent wahrgenommen wird. Zentral ist dabei eine umfangreiche Dokumentation und die intensive Kooperation unter den zuständigen Amtsstellen. Ebenso werden Anliegen und Hinweise aus der Bevölkerung ernst genommen und konsequent nachgegangen. Wie schon in der vorgängigen einfachen Anfrage erläutert, wird der Missbrauch in der Sozialhilfe auf ein Minimum eingedämmt sein, wenn die BezügerInnen bei der Anmeldung rascher und umfassender abgeklärt werden und diese das Abklärungsmodul besuchen müssen. Passgenaue Qualifizierungsprogramme und spätere Vermittlungsmodule sollen den Anschluss an den Arbeitsmarkt wiederherstellen. Der Einsatz von Sozialhilfeinspektoren ist kein Tabu in Spiez. Allerdings ist man der Ansicht, dass zuerst die sozialdienstinternen Möglichkeiten eingesetzt werden sollen. Allenfalls können nach dem Vorliegen der Auswertungen der Pilotprojekte des Kantons, solche oder andere Massnahmen angekoppelt werden. Zudem glauben wir wie erwähnt, dass mit dem konsequenten Vollzug der im erwähnten Haltungspapier beschriebenen Grundsätze der Missbrauch sehr stark eingedämmt werden kann. In der Jahresplanung der Sozialen Dienste hat der Ausbau der Datenerfassung im vorhandenen Klienteninformationssystem KLIB eine hohe Priorität. Wir sind überzeugt, dass eine sinnvolle und fundierte Datenerfassung zur Grundausrüstung eines fortschrittlichen und effizienten Sozialdienstes gehören und ebenso eine solide Berichterstattung für die operative und strategische Führung von entscheidender Bedeutung ist. Wir werden alles daran setzen, mit den bereits eingeleiteten Massnahmen, die in der Motion geforderte Berichterstattung zu den vereinbarten Terminen vorzulegen. Zwischen Wirtschaftlichkeit und Menschlichkeit ist der Weg schmal und ihn zu gehen ist für die Sozialarbeitenden ein täglicher Balanceakt. In der Verantwortung sind wir gemeinsam auf dieser Gratwanderung unterwegs. Nach dem Motto „wir schauen nicht weg“. In der Präambel der Schweizer Verfassung wird das Wohl des Schwachen als Massstab für die Stärke des Volkes gemessen. Zu diesem Grundwert wollen wir Sorge tragen und an ihm festhalten. Damit wir den sozialen Frieden in unserem Land nachhaltig oder anders gesagt „enkeltauglich“ aufrecht erhalten können.

Fazit

Begangenen Unzulänglichkeiten, tatsächlichen Problemen und Missständen gehen wir nicht aus dem Weg. Wir setzen unsere Ressourcen massvoll und gezielt für das Suchen, Finden und Umsetzen von konstruktiver und selbstverantwortungsvoller sozialer Arbeit ein. Vielen Dank den Mitarbeitenden der Sozialen Dienste unter der Leitung von Daniel Bock für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und für den zuverlässigen Einsatz.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (einstimmig)

Die Motion der SVP-Fraktion (J. Staudenmann) betreffend Kontrolle der Sozialhilfe und Verhinderung von Missbrauch im Sozialbereich wird überwiesen.

184 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Überprüfung Gemeindepolizeiwesen / Motion FDP-Fraktion (U. Gurtner)

Ausführungen des Gemeinderates

Christian Zaugg: In den Unterlagen ist begründet, warum der Gemeinderat beantragt, die Motion nicht zu überweisen. Der Motionär geht von der Annahme aus, dass mit der Übernahme der Interventionsaufgaben durch die Kantonspolizei keine gemeindepolizeilichen Aufgaben mehr anfallen oder nur mehr Unwesentliche. Somit sei das Polizeisekretariat nicht mehr nötig und das Polizeiinspektorat und der Polizeiinspektor werden überflüssig. Im Bericht ist aufgelistet, welche Arbeiten die Abteilung Sicherheit ausführt. Es ist für den Gemeinderat nicht ganz nachvollziehbar, dass die Verschiebung dieser Arbeiten in eine andere Abteilung zu Einsparungen führen soll. Dies ist schlussendlich wohl das Ziel dieser Motion. Die seit dem 1. Januar 2003 durch die Kantonspolizei übernommenen Aufgaben wurden zum Teil bereits vor der Integration der Gemeindepolizei in die Kantonspolizei durch die Kantonspolizei ausgeführt. Es ist zwar durchaus sinnvoll, von Zeit zu Zeit zu überprüfen, ob alle durch die Gemeindeverwaltung ausgeführten Aufgaben durch die richtige Abteilung erledigt werden. Der Gemeinderat hat sich anlässlich seiner Klausur im November 2007 eine Überprüfung der Behörden- und Verwaltungsstruktur zum Ziel gesetzt. Eine isolierte Beurteilung von nur einer Verwaltungsabteilung wird abgelehnt. Der Gemeinderat beantragt, die Motion nicht zu überweisen. Als persönliche Meinung führt er aus, dass das Einreichen von parlamentarischen Vorstössen legitim und Bestandteil der demokratischen Spielregeln ist. Wenn es um Arbeiten von Fachabteilungen geht, wäre es manchmal effizienter und billiger, wenn man sich vorher einen Überblick verschaffen würde, welche Arbeiten effektiv dort erledigt werden. Einfach die Funktion eines Abteilungsleiters in Frage zu stellen, ist allzu einfach. Eine Motion ist in einem solchen Moment vielleicht überflüssig.

Ausführungen des Motionärs

Urs Gurtner: Dem Gemeinderat und der Abteilung Sicherheit wird für die ausführliche Antwort gedankt. Als Korrektur zu den Ausführungen von Christian Zaugg fügt er an, dass in der Motion nichts davon steht, dass der Polizeiinspektor überflüssig ist. Die Aufzählung der Aufgaben der Abteilung Sicherheit in der Beantwortung ist sehr umfangreich. Bei der Betrachtung des Organigramms entsteht der Eindruck, dass man personell sehr gut ausgestattet ist. In seiner Antwort zählt der Gemeinderat auch auf, welche Bereiche unserer Verwaltung in den letzten Jahren den veränderten Gegebenheiten angepasst wurden (Liegenschaftsverwaltung, Soziale Dienste, Schulsekretariat, Kinder- und Jugendarbeit, Asylwesen). Das Polizeiwesen fehlt aber. Der Gemeinderat stellt weiter fest, dass der Zeitpunkt der Überprüfung der Gesamtorganisation nun gekommen ist und dies in der nächsten Legislatur angegangen werden soll. Weiter wird festgehalten, dass dieses Projekt sehr umfangreich und folgeschwer sein wird. Schlussendlich beantragt der Gemeinderat die Motion abzulehnen, da der Gemeinderat in neuer Zusammensetzung seinem Anliegen Rechnung tragen werde. Es gibt einen formellen Grund, die Motion nicht überweisen zu lassen. Dies hängt mit dem dritten Abschnitt der Motion zusammen, wo verlangt wird, dass die Massnahmen bis anfangs 2009 umgesetzt werden sollen. Deshalb ist er bereit, gemäss Art. 30 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates den Motionstext zu ändern und den dritten Abschnitt der Motion zu streichen. Seiner Ansicht nach steht so einer Überweisung der Motion nichts mehr im Wege. Sie entspricht so der Absichtserklärung und den Zielen des Gemeinderates. Er wäre dankbar für die Unterstützung, damit der Gemeinderat in die Pflicht genommen wird, die Anpassung der Strukturen der Abteilung Sicherheit zumindest zu überprüfen.

Fraktionssprecher

Keine Wortmeldungen.

Allgemeine Diskussion

Christian Zaugg: Der Gemeinderat ist bereit, eine Gesamtüberprüfung der Verwaltung vorzunehmen. Es ist nicht sinnvoll, einzelne Produktgruppen auseinanderzunehmen. Dies entspricht nicht der Gesamtstrategie des Gemeinderates. Der Gemeinderat kann in eigener Kompetenz Reorganisationen der Gemeindeverwaltung vornehmen. Dies liegt nicht in der Kompetenz des Grossen Gemeinderates. Diese Massnahmen sind vom Gemeinderat klar im Massnahmenplan 2008 - 2012 vorgesehen.

Franz Arnold: Der Gemeinderat plant eine Überprüfung der Strukturen in der nächsten Legislatur. Bei der Betrachtung der aktuellen Situation kann festgestellt werden, dass man sich nun intensiv mit NPM befasst. Bei der Abteilung Sicherheit ist es nicht unwesentlich zu erklären, dass der Chef Zivilschutz und der Dienstchef Feuerwehr/Zivilschutz gekündigt haben. Es steht deshalb bereits eine relativ grosse Reorganisation im Bereich Zivilschutz an. Ein Anliegen, welches bereits in der „Pipeline“ ist, und fest auf dem „Menuplan“ des Gemeinderates steht, muss nicht noch mit einer Motion untermauert werden. Man muss auch aufpassen, dass nicht zu viele Projekte gestartet werden und so die tägliche Arbeit darunter leidet. Das Anliegen des Motionärs wurde gehört, bedarf aber keiner Motion.

Beschluss (mit 20 : 15 Stimmen, bei 1 Enthaltung)

Die Motion der FDP-Fraktion (U. Gurtner) betr. Überprüfung Gemeindepolizeiwesen wird nicht überwiesen.

185 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Tagesschule Spiez / Motion FDP-Fraktion (M. Lanz)

Ausführungen des Gemeinderates

Jacqueline von Känel: Nicht lediglich in Spiez sind die Schulklassen durch eine grosse Heterogenität geprägt und zwar hinsichtlich der sozialen, der kulturellen und der sprachlichen Herkunft der Kinder und Jugendlichen. Daraus erwachsen der Schule Herausforderungen, die manchmal fast nicht mehr zu bewältigen sind. Insbesondere gelingt es kaum mehr, Kinder mit schwierigen Lernvoraussetzungen ädaquat zu fördern. Es ist eine Tatsache, dass Kinder immer häufiger in einer Familie aufwachsen, bei der beide Elternteile arbeiten oder ein Elternteil die Kinder alleine erzieht. Bedingt durch die hohe berufliche und zeitliche Belastung finden diese Eltern häufig nicht mehr genügend Zeit für ihre Kinder. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz wächst kontinuierlich. Häufig stammen diese Kinder aus einem Elternhaus in dem wenig oder gar kein Deutsch gesprochen wird und die Eltern nur wenig Ausbildung geniessen durften. Ein bildungsfernes Umfeld trägt zudem dazu bei, dass der in der Volksschule erwartete Leistungsanspruch nicht erreicht werden kann. Bereits bei der Motion „Kinder und Jugendliche mit Problemen“ wurde auf diese Probleme hingewiesen. Eine Tagesschule könnte solchen Tendenzen entgegenwirken. Eine weitere Tatsache ist, dass gut ausgebildete Frauen aufgrund fehlender Betreuungsangebote immer häufiger auf ihren Kinderwunsch verzichten. Entschliessen sie sich dennoch für Kinder, liegt ihre hochqualifizierte Berufsausbildung und somit einiges an Potenzial brach, denn genau diese Frauen würde unsere Wirtschaft dringend brauchen. Deshalb ist man froh, dass nebst der Motionärin, auch der Kanton Bern mit dem revidierten Volksschulgesetz die Gemeinden auffordert, Tageschulen bei genügender Nachfrage einzuführen. In Spiez bieten wir bereits heute mit den Mittagstischen und der Aufgabenhilfe so genannte Tagesschulmodule an. Nun gilt es mittels einer Bedarfserhebung den tatsächlichen Bedarf an Tagesschulmodulen zu klären. Dabei ist unse-

rer Gemeindestruktur besondere Beachtung zu schenken. Eine Mutter, welche in Einigen wohnt und 40% berufstätig ist, wird kaum ihre Kinder in die Tagesschule im Zentrum schicken, wäre jedoch auf wohnortsnahe Mittagstischangebote und Aufgabenhilfe angewiesen. Es gilt also bei der Planung den ganz unterschiedlichen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Ein solches Projekt kostet Geld und muss ebenfalls als weitere Tatsache betrachtet werden. Die Besoldungskosten für das Tagesschulpersonal können analog Lehrerbesoldungskosten (70% Kanton, 30% Gemeinden) dem Lastenverteiler zugeführt werden. Ein Raum in einer Liegenschaft der Gemeinde ist bereits reserviert (Pavillon 3 beim Hofachernschulhaus). Wie sieht nun das weitere Vorgehen aus. Der Kanton Bern verpflichtet uns nicht nur auf das Bedürfnis nach Tagesschulen zu erheben, er bietet uns auch Unterstützung bei der Umsetzung an. Diese professionelle Unterstützung möchten wir in Anspruch nehmen und umgehend mit der Projektarbeit beginnen. Da der Kostenrahmen in die Kompetenz des GGR fallen wird, kann der GGR zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die entsprechenden Grundlagen erarbeitet wurden, erneut über das Geschäft befinden. Aufgrund dieser Tatsachen beantragt der Gemeinderat die Motion zu überweisen.

Ausführungen der Motionärin

Monika Lanz: Die Motion ist nicht wirklich revolutionär. Die Umsetzung dieses Projektes sollte zügig an die Hand genommen werden. Der Kanton gibt den Gemeinden zwar Zeit bis ins Schuljahr 2010/2011, aber es sollte möglich sein, in Spiez auf das Schuljahr 2009/2010 zu starten. Es sollte klar ein Projekt des Ressorts Bildung und nicht zu fest mit dem Ressort Soziales vermischt sein. Die Mittagstische und die Aufgabenhilfe sind zwar dem Ressort Soziales zugeordnet. Tagesschulprojekte sind jedoch beim Kanton klar der Erziehungsdirektion angegliedert. Es scheint zur Zeit in Mode zu sein, externe Berater zu involvieren. Es kann unter Umständen sinnvoll sein, externe Berater beizuziehen. Wir haben jedoch selber viel Fachwissen in der Gemeinde, welches wir nutzen können.

Fraktionssprecher

Keine Wortmeldungen.

Allgemeine Diskussion

Jolanda Brunner: Im Kanton Bern hat sich gezeigt, dass Tagesschulen ein Thema sind. Deshalb hat der Grosse Rat im Volksschulgesetz dieses Angebot aufgenommen. Obschon es vom Kanton her möglich ist, das Angebot erst auf das Jahr 2010 einzuführen, wäre es für Spiez besser, wenn das Angebot bereit im Jahr 2009 angeboten werden könnte. Im Moment haben wir Schulleitungen in jedem Schulhaus. Diese Schulleitungen kennen die Bedürfnisse vor Ort und wissen, wie die Angebote umgesetzt werden können. Da Umstrukturierungen im Zusammenhang mit dem Projekt 1Volksschule vorgesehen sind, muss das vorhandene Fachwissen nun genutzt werden. Es wäre deshalb erstrebenswert, wenn das Projekt noch in diesem Jahr angegangen wird und nicht noch ein Jahr zugewartet wird. Die Schulsozialarbeit soll ebenfalls auf das Schuljahr 2009 eingeführt werden. Tagesschulstrukturen haben auch einen Einfluss auf die Tätigkeit der Schulsozialarbeit. Es macht deshalb Sinn beide Projekte gleichzeitig zu starten. Der Gemeinderat wird deshalb gebeten, das Projekt im Jahr 2009 umzusetzen.

Barbara Gradwell: Es ist wichtig, dass die Tagesschule für alle Kinder offen steht. Für eine alleinerziehende Mutter, welche am Gwattstutz wohnt, und auf Betreuung ihres Kindes angewiesen ist, wäre es ideal, das Kind in eine Tagesschule zu schicken. Es sollte deshalb auch dem Transport der Kinder die nötige Beachtung geschenkt werden. Die Tagesschule sollte deshalb auch sozial schwächeren Kindern zur Verfügung stehen.

Jacqueline von Känel: Es ist ganz klar ein Anliegen, dass auch sozial schwächere Kinder von diesem Angebot Gebrauch machen können. Die Transportproblematik wird während der weiteren Projektbearbeitung diskutiert werden. Es ist allen Beteiligten ein Anliegen, dass das Projekt zügig bearbeitet wird. Für dieses Projekt werden jedoch Ressourcen benötigt. Ziel ist es, das Projekt auf das Schuljahr 2009/2010 einzuführen. Es ist klar, dass die Tagesschule ein Projekt des Ressorts Bildung ist. Es ist geplant, auch bei den Mittagstischen und der Aufgabenhilfe die Ressortfrage zu überprüfen. Momentan handelt es sich um Projekte der Ressorts Bildung und Soziales. Es muss ein Gesamtprojekt erarbeitet werden, welches den Bedürfnissen aller Beteiligten entspricht.

Beschluss (einstimmig)

Die Motion der FDP-Fraktion (M. Lanz) betr. Tagesschule Spiez wird überwiesen.

186 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen

Rauchfrei in öffentlichen Gebäuden / Motion EVP-Fraktion (U. Erni), Abschreibung

Ausführungen des Gemeinderates

Franz Arnold: Zu Beginn der Einführung des Rauchverbotes traten am ehesten Probleme im Gemeindezentrum Lötschberg auf. Vor allem bei Konzerten ohne Bestuhlung im Saal. In der Zwischenzeit hat sich das Ganze gut eingespielt und es sind keine Übertretungen mehr festgestellt worden. Die Luft im Saal ist besser geworden. Reklamationen sind nur wenige eingegangen. Die positiven Rückmeldungen der Veranstalter überwiegen. Es ist zur Gewohnheit geworden, dass in den öffentlichen Gebäuden der Gemeinde nicht mehr geraucht werden darf. In diesem Sinne sind die Ziele der Motionärin erfüllt und der Gemeinderat beantragt, die Motion als erfüllt abzuschreiben.

Ausführungen des Zweitunterzeichners der Motion

Godi Bärtschi: Namens der Motionärin bedankt er sich, dass die Motion speditiv umgesetzt wurde und offenbar auf gutes Echo gestossen ist.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (einstimmig)

Die Motion der EVP-Fraktion (U. Erni) betr. Rauchfrei in öffentlichen Gebäuden wird als erfüllt abgeschrieben.

187 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen

Gerichtskreis Berner Oberland / Motion FDP-Fraktion (U. Gurtner), Abschreibung

Ausführungen des Gemeinderates

Franz Arnold: Mit Blick auf die Organisation der dezentralen kantonalen Verwaltung und Gerichtsorganisation hat der Gemeinderat das Gefühl, dass das in seiner Macht stehende gemacht wurde. Die aktiven Handlungen des Gemeinderates für einen Gerichtsstandort Spiez sind in der Antwort aufgelistet. Die Gemeinde Spiez hatte bei der Zuweisung in Bezug auf dezentrale Verwaltungseinheiten eher schlechte Karten in der Hand. Es muss auch darauf hingewiesen werden, dass die Situation mit der Nähe zur Stadt Thun als kantonales Zentrum eher schwierig war. Im Moment ist man daran, eine Regionalkonferenz Oberland-West zu gründen. Es ist klar, dass der

Gemeindepräsident oder ein Vertreter des Gemeinderates im Lenkungsausschuss Einsitz nehmen wird und eine bedeutende Rolle in diesem Gremium spielen soll. Das Anliegen, dass Spiez bei der Erfüllung von regionalen Aufgaben eine wichtige Rolle zu spielen hat, wurde erkannt. Da der Regierungsrat die Gerichtsstandorte bestimmt hat, beantragt der Gemeinderat, die Motion als erfüllt abzuschreiben.

Fraktionssprecher / Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (einstimmig)

Die Motion der FDP-Fraktion (U. Gurtner) betr. Gerichtskreis Berner Oberland wird als erfüllt abgeschrieben.

188 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Einsparungen im Gemeindevoranschlag / Motion FDP-Fraktion (U. Gurtner), Abschreibung

Ausführungen des Gemeinderates

Franz Arnold: Das Budget 2008 wurde verabschiedet. Die Forderungen des Motionärs sind im Budget 2008 so weit als möglich aufgenommen. In diesem Sinne kann die Motion als erfüllt abgeschrieben werden.

Fraktionssprecher

Keine Wortmeldungen.

Allgemeine Diskussion

Gerhard Schafroth: Wenn es Herbst wird, beginnen die Blätter gelb, rot und braun zu werden und fallen dann ab. Wenn es Herbst wird, werden auch die Gemeindewahlen durchgeführt und es werden viele parlamentarische Vorstösse eingereicht. Im Zusammenhang mit den parlamentarischen Vorstössen wurden den GGR-Mitgliedern 34 Seiten zugestellt, welche allen kopiert werden mussten (50 Exemplare ergeben rund 1'500 Kopien). Bei vielen parlamentarischen Vorstössen handelt es sich um Anliegen, welche bereits vom Gemeinderat behandelt wurden und mit einer Einfachen Anfrage hätten beantwortet werden können. Es ist ein Auftrag von allen GGR-Mitgliedern, das Ganze sinnvoll zu gestalten. Wir müssen nicht König spielen, sondern etwas vernünftig sein. Es gilt genau zu überlegen, ob ein Vorstoss sinnvoll ist oder nicht. Eine Antwort des Gemeinderates muss hieb- und stichfest sein und erfordert einen recht grossen Aufwand für die Abklärungen. Er ermuntert die GGR-Mitglieder die Eingabe von Vorstössen vernünftig vorzunehmen, trotz der anstehenden Wahlen.

Urs Gurtner: Sein Name steht heute drei Mal auf der Traktandenliste und er weist darauf hin, dass seine Motion betreffend Gerichtskreis aus dem Jahre 2004 vom Gemeindepräsidenten unterstützt wurde. Ebenfalls beim Budget 2008 konnte etwas erreicht werden. Grundsätzlich ist es richtig, nicht wegen jedem Klacks eine Motion einzureichen. Er wehrt sich jedoch dagegen, dass das Grundrecht eines jeden Parlamentariers in Zweifel gezogen wird.

Beschluss (einstimmig)

Die Motion der FDP-Fraktion (U. Gurtner) betr. Einsparungen im Gemeindevoranschlag wird als erfüllt abgeschrieben.

189 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Marktwert Hotelzone Schoneggpark / Motion FDP-Fraktion (E. Hautle)

Dringliche Motion

Der Gemeinderat wird beauftragt, unverzüglich das Land in der Hotelzone Schoneggpark in geeigneter Form öffentlich auszuschreiben. Damit soll allen interessierten Hotelinvestoren die Gelegenheit geboten werden Offerten einzureichen.

Ziel

Bis Ende 2008 kann anhand der eingegangenen Angebote eine Aussage zum Marktwert gemacht werden.

Der Motionär: E. Hautle und 3 Mitunterzeichnende.

Ergänzungen des Motionärs

Ernst Hautle: Die Motion ist wichtig und notwendig.

Sitzungsunterbruch von 20.50 - 21.00 Uhr

Ausführungen des Gemeinderates zur Dringlichkeit der Motion

Franz Arnold: Art. 29.2 der Geschäftsordnung des GGR sagt aus, dass der Rat nach Anhörung des Gemeinderates auch sofortige Behandlung beschliessen kann. In einer ersten Abstimmung geht es nun darum, über die Dringlichkeit der Motion zu beschliessen. Gegen den Beschluss des Grossen Gemeinderates wurde bekanntlich das Referendum ergriffen. Der Gemeinderat ist in der Verantwortung, dass er das Geschäft korrekt weiterführt. Neben dem Referendum liegt eine Stellungnahme des Investors vor. Diese Stellungnahme bedarf jedoch noch der Klärung. Es gibt zwei Möglichkeiten:

- Der Investor hält an seinem Angebot fest = Volksabstimmung
- Der Investor zieht sein Angebot zurück = keine Volksabstimmung, da der Abstimmungsgegenstand hinfällig wird.

Was danach folgt, ist noch offen und nicht Gegenstand dieses Verfahrens.

Fraktionssprecher

Joachim Nelles (SP): Die SP-Fraktion unterstützt die Haltung des Gemeinderates. Anlässlich der letzten GGR-Sitzung wurde beschliessen, das Land für Fr. 150.00/m² zu verkaufen. Dagegen wurde das Referendum ergriffen, welches von 15 % der Stimmberechtigten unterzeichnet wurde. Diese wollen über das Geschäft abstimmen. Deshalb wird der Antrag auf Dringlichkeit der Motion abgelehnt. Es macht keinen Sinn, andere Aktivitäten zu starten, bevor das Geschäft abgeschlossen

ist. Es erweckt den Anschein, dass nun das Recht der Stimmberechtigten beschnitten werden soll. Dies ist jedoch das höhere Recht.

Allgemeine Diskussion

Daniel Lanz: Er kann das Votum von Joachim Nelles nicht nachvollziehen. Es geht nicht darum, die Rechte der Stimmberechtigten zu beschneiden. Man will die richtigen Grundlagen haben, damit die Diskussion vor der Volksabstimmung geführt werden kann. Es geht nicht darum Alternativen zu suchen, sondern vorwärts zu machen, um Grundlagen und Facts zur Hand zu haben. Er erwartet gegen dieses Vorgehen eigentlich keine Opposition.

Gerhard Schafroth: Er war gegen den Verkauf des Landes, da er gerne mehr Informationen zu diesem Geschäft gehabt hätte. Nun wurde beschlossen, dieses Land zu verkaufen. Es können nicht nachträglich zusätzliche Informationen eingeholt werden. Der Beschluss ist gefasst. Weitere Informationen können erst bei einer allfälligen Ablehnung des Geschäftes durch die Stimmberechtigten eingeholt werden.

Astrid Thöni: Auch wenn die GPK normalerweise nichts zu Motionen zu sagen hat, wünscht sie sich als GPK-Präsidentin, dass das Geschäft rechtlich klar abgeklärt wird und die GPK vorgängig informiert wird. Sie ist nicht sicher, dass der Verlauf des Geschäftes rechtlich klar ist, dass die Motion nicht quer zum Referendum steht.

Franz Arnold: Es ist keine Gefahr in Verzug. Der Gemeinderat behandelt das Geschäft sehr sorgfältig. Es handelt sich um ein sehr wichtiges Geschäft, bei welchem die formalrechtlichen Aspekte eingehalten werden. Eine Dringlichkeit ist hier nicht gegeben, da die weiteren Schritte durch den Gemeinderat vorgegeben sind. Über den Inhalt der Motion wird hier nicht diskutiert.

Abstimmung (mit 15 : 19 Stimmen, bei 2 Enthaltungen)
Die Dringlichkeit der Motion wird abgelehnt.

190 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Schoneggpark / Motion SVP-Fraktion (J. Staudenmann)

Dringliche Motion

Der Gemeinderat wird beauftragt:

1. Dem GGR einen Wiedererwägungsantrag betreffend des Beschlusses des GGR vom 25. Februar 2008 (GGR-Nr. 167/08), Verkauf ab Parzelle Spiez-Grundbuchblatt Nr. 2047, zu stellen.
2. Bei Gutheissung des Wiedererwägungsantrages die Parzelle in geeigneter Weise öffentlich auszuschreiben und das für den Hotelbau notwendige Land bekannten Hotelketten bzw. -unternehmen zum Verkauf anzubieten. Es ist im Weiteren bei Fachgremien abzuklären, was bei diesen gegebenen Fakten betreffend Lage / Zone ein realistischer Landpreis ist. Für diese Verkaufsbemühungen ist eine Zweierdelegation aus den Mitgliedern des Referendumskomitees einzubinden.
3. Es wird Dringlichkeit verlangt.

Begründung

Seit dem erwähnten Beschluss des GGR vom 25. Februar 2008 (GGR-Nr. 167/08) hat sich die Situation vollständig geändert. Der potentielle Käufer der Parzelle hat sein Projekt vorläufig „auf Eis“ gelegt und will sein Projekt somit nicht weiterverfolgen; somit ist schon aus dieser Perspektive die

Vorbereitung des Landverkaufs bzw. der Verkauf selbst zurzeit gar nicht möglich. Eine Vollstreckung dieses Beschlusses konnte dementsprechend auch nicht an die Hand genommen werden.

Aus diesen Gründen kann nach feststehender Bundesgerichtspraxis dieser Parlamentsbeschluss in Wiedererwägung gezogen werden.

Nach diesem Fazit gilt es nun, die Zeit zu nutzen. Es steht ja fest, dass die erwähnte Parzelle nicht in geeigneter Weise zum Verkauf ausgeschrieben wurde. Bekannte Hotelunternehmen wurden in die Verkaufsbemühungen auch nicht einbezogen. Es wurden auch keine Abklärungen bei Fachgremien eingeholt, inwieweit bei einem Hotelneubau die Landkosten ein wesentliches Element bilden und was im konkreten Fall ein realistischer Preis ist.

Es bleibt im Weiteren Zeit, öffentlich zu diskutieren, ob die Schaffung auch von nicht so qualifizierten Arbeitsplätzen, wie dies der geplante Hotelneubau vorsieht, sozial adäquat und wünschenswert ist.

Um den Mitgliedern des Referendumskomitees Gelegenheit zu geben, ihre konkrete Aussagen zum Verkaufspreis, Ideen und Ansichten bei den Verkaufsbemühungen, Schaffung von Arbeitsplätzen sowie Steuergenerierung einzubringen, ist eine Zweierdelegation aus ihrer Mitte in dieses Prozedere einzubeziehen.

Um nicht mehr Zeit zu verlieren und die weiteren notwendigen Abklärungen sofort an die Hand nehmen und dieses Sachgeschäft somit weiter führen zu können, wird die dringliche Behandlung der Motion an der Sitzung selbst (28. April 2008) verlangt.

Der Motionär: J. Staudenmann und 7 Mitunterzeichnende.

Ausführungen des Gemeinderates zur Dringlichkeit

Franz Arnold: Es gibt keine anderen Ausführungen als zur vorhergehenden Motion. In der Motion wird ausgeführt, dass der potenzielle Käufer der Parzelle sein Projekt vorläufig „auf Eis“ gelegt hat und sein Projekt somit nicht weiterverfolgen wird. Diese Aussage ist nicht so klar. Bezüglich Dringlichkeit hat der Gemeinderat beschlossen, diese auch bei dieser Motion abzulehnen.

Fraktionssprecher

Joachim Nelles (SP): Es gilt inhaltlich das gleiche, wie er bei der vorhergehenden Motion ausgeführt hat. Als Ergänzung fügt er an, dass das Geschäft nicht deshalb abgeschlossen werden konnte, weil Herr Hauenstein sein Angebot zurückgezogen hat, sondern weil das Referendum ergriffen wurde. Wir haben einen rechstgültigen Beschluss des Grossen Gemeinderates, dass das Land für Fr. 150.00/m² verkauft wird. Herr Hauenstein hat nicht öffentlich erklärt, dass er vom Geschäft zurücktreten will. Deshalb gibt es daran nichts mehr zu rütteln. Das Referendum steht an oberster Stelle und wir müssen Sorge zu den Volksrechten tragen.

Allgemeine Diskussion

Urs Gurtner: Er hält ganz klar fest, dass es nicht darum geht, das Referendum zu verhindern oder irgendwelche demokratischen Rechte auszuhebeln. Es geht darum, den Stimmberechtigten bessere Entscheidungsgrundlagen zu liefern.

Bernhard Hauck: Es ist offensichtlich, dass ein Grossteil des Grossen Gemeinderates kalte Füsse von ihrem eigenen Entscheid bekommen haben. Nicht zuletzt deswegen, da man festgestellt hat, dass mit dem Referendum mit minimalstem personellem und finanziellem Aufwand eine grosse

Anzahl Unterschriften beigebracht werden konnte. Eine Blamage vor den Stimmberechtigten ist leicht vorauszusehen. Es ist aber ein schlechter Stil, wenn nun versucht wird, auf anderem Weg den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Nun ist die Stimme des Volkes gefordert.

Ulrich Nyffenegger: Er ist erstaunt, dass eine dringliche Motion eingereicht wird, damit den Stimmberechtigten mehr Informationen vorgelegt werden können. Bei der Abstimmung hier im GGR hatte man scheinbar genügend Informationen um einen Entscheid fällen zu können. Man muss sich fragen, ob man in Unkenntnis der Sachlage abgestimmt hat. Es geht um die Dringlichkeit. In der Geschäftsordnung des GGR gibt es keine Dringlichkeit. Eine Wiedererwägung eines Beschlusses kann nicht verlangt werden. Dies kann nur während des Verlaufes einer Sitzung verlangt werden (Art. 27 der Geschäftsordnung GGR). Man kann nicht die Geschäftsordnung des GGR ausser acht lassen und blind etwas entscheiden. Es gibt weder Dringlichkeit noch eine Wiedererwägung.

Joachim Nelles: Die Stimmberechtigten brauchen nicht mehr Klarheit. Die Sachlage ist eindeutig und klar. Wir haben einen gültigen Beschluss des GGR, das Land für Fr. 150.00/m² zu verkaufen. Das Referendum richtet sich gegen nichts anderes. Das Volk braucht nicht mehr Informationen. Deshalb braucht es auch keine Dringlichkeit, um mehr Informationen einzuholen. Es ist eindeutig und klar, was der GGR an der letzten Sitzung beschlossen hat.

Franz Arnold: Er hat einleitend zitiert, dass der Rat gemäss Art. 29.2 der Geschäftsordnung des GGR nach Anhörung des Gemeinderates auch sofortige Behandlung beschliessen kann. Man kann „der Katze auch Büsi sagen“. Eine sofortige Behandlung muss zuerst beschliessen werden.

Abstimmung über die Dringlichkeit (mit 15 : 19 Stimmen, bei 2 Enthaltungen)
Die Dringlichkeit der Motion wird abgelehnt.

191 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen Nischenarbeitsplätze / Motion EVP-Fraktion (G. Bärtschi)

Der Gemeinderat wird beauftragt, in der Gemeindeverwaltung Spiez Nischenarbeitsplätze für Personen mit eingeschränkter Arbeitsfähigkeit (Stellenlose bzw. v. a. Sozialhilfebezügerinnen und Sozialhilfebezüger) zu schaffen in sinnvoller Ergänzung zu BIAS der GEF (allenfalls in Zusammenarbeit mit dem SAH bzw. PvB). Bei sämtlichen Abteilungen der Gemeindeverwaltung ist zu überprüfen, wo solche Arbeitsplätze eingerichtet werden können. Die Schaffung dieser Nischenarbeitsplätze soll aber bereits existierende Arbeitsplätze nicht konkurrenzieren. Für eine kontrollierte und zielgerichtete Umsetzung der Schaffung von Nischenarbeitsplätzen in der Gemeindeverwaltung Spiez ist dem GGR ein entsprechendes Konzept inkl. Kostenfolgen vorzulegen.

Begründung

Immer wieder fallen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Arbeitsprozess heraus, weil sie ihre Tätigkeit aus gesundheitlichen Gründen (physisch oder psychisch) nicht mehr im geforderten Ausmass ausüben können.

Dank angepassten Arbeitsplätzen oder neuen Aufgabenbereichen können solche Personen weiterhin beschäftigt werden und nach dem Prinzip „Arbeit statt Fürsorge“ Sozialkosten gespart werden.

Es ist erwiesen, dass wieder in den Arbeitsprozess integrierte Arbeitslose oder ausgesteuerte Arbeitskräfte erneut Selbstwertgefühle entwickeln, weniger krank werden und damit helfen, langfristig gesehen die Sozialkosten zu senken.

Also ist es dringend notwendig, angepasste Arbeitsstellen für die Benachteiligten unserer Gesellschaft zu schaffen.

Die geforderte 50 % Erfolgsquote bei der Entlassung von Sozialhilfebezügerinnen in die Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit (Motion von J. Brunner „NPM Produktegruppe Individuelle Sozialhilfe“) kann nur erreicht werden, wenn dazu den Stellenanbietern Anreize geboten werden und Nischenarbeitsplätze für solche Personen geschaffen werden.

Ein Grossteil der Privatwirtschaft hat sich längst aus der Verantwortung ausgeklinkt und bietet kaum mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit geringen Qualifikationen an. Umso wichtiger ist es, dass die öffentlichen Arbeitgeber ihre Vorbildfunktion wahrnehmen und sich in diesem Bereich stärker engagieren. Endziel soll aber sein, dass alle Stellenanbieter der Wirtschaft der öffentlichen Hand und der Kirchen mithelfen, solche niederschwellige Arbeitsplätze anzubieten.

Funktionierende Modelle und Konzepte sind in verschiedenen Schweizer Städten bereits vorhanden: z. B. Kompetenzzentrum Arbeit der Stadt Bern (Arbeit statt Fürsorge), Konzept für Nischenarbeitsplätze des Inselspitals Bern, Stiftung *zuwin* der Stadt Winterthur und weitere mehr.

Das Geschäft ist förderlich zu behandeln, da für die Schaffung von Nischenarbeitsplätzen dringender Handlungsbedarf besteht.

Der Motionär: G. Bärtschi und 5 Mitunterzeichnende.

192 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen

Kultur, Sport und Bildung für alle / Motion EVP-Fraktion (A. Bürki)

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die nötigen Massnahmen zu treffen, damit Spiezerinnen und Spiezer mit kleinem Einkommen ab 2009 einen vergünstigten Zugang zu Sport-, Kultur- und Bildungsveranstaltungen erhalten. Mit der KulturLegi Bern/Thun besteht in unserer Nähe ein günstiges Instrument, damit Menschen am Existenzminimum nicht vom sozialen Leben ausgeschlossen werden. Aufgrund der positiven Erfahrungen beantragen wir die Einführung und Ausweitung des KulturLegi-Angebots auf die Gemeinde Spiez.

Begründung / Erklärung

Mindestens jede 10. Person in der Schweiz ist heute von Armut betroffen. Finanzielle Not führt zu sozialer Isolation: Das Geld fehlt, um am gesellschaftlichen und sozialen Leben teilzunehmen. Gleichzeitig sind viele Kultur- und Sportveranstaltungen nur teilweise ausgebucht und Bildungskurse schlecht besucht. Die KulturLegi ermöglicht den Berechtigten den vergünstigten Zugang zu diesen Veranstaltungen.

Die KulturLegi wird seit 2005 in Bern und seit 2007 auch in Thun angeboten. Trägerin ist Caritas Bern. Die Legi ist ein persönlicher, nicht übertragbarer Ausweis, der im ersten Jahr kostenlos bezogen werden kann. Die Verlängerung für ein weiteres Jahr kostet eine Bezügerfamilie maximal Fr. 30.00. Die Lancierung und Finanzierung erfolgt in der Regel durch die Einwohnergemeinde in Zusammenarbeit mit den Kirchen und eventuell weiteren Partnern. Die Legi wird Personen ausgestellt, die Sozialhilfe oder Ergänzungsleistungen beziehen oder deren Einkommen am oder unter dem Existenzminimum der SKOS liegt.

Die aktuelle Angebotspalette der KulturLegi Bern/Thun umfasst über 140 Angebote und reicht von Kleintheatern bis zu Konzerten und Kinos, vom Fussballmatch über Tageszeitungen, Schwimmbäder bis zur Ludothek und der Volkshochschule. Die Angebotspartner/innen stellen ihr gesamtes Angebot mit einer festgesetzten Preisermässigung von 30 % bis 70 % zur Verfügung. Das Projekt wird regelmässig evaluiert; die Ergebnisse werden den Städten kommuniziert.

Das Geschäft sollte umgehend behandelt werden. Damit die Einführung für Spiez auf Juni 2009 möglich ist, erwartet die Geschäftsstelle KulturLegi Bern/Thun einen Entscheid bis im August 2008.

Der Motionär: A. Bürki und 4 Mitunterzeichnende.

193 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen**Ergänzung Gemeindepolizeireglement / Motion EVP-Fraktion (M. Kiener)**

Der Gemeinderat wird beauftragt, im Gemeindepolizeireglement folgenden Artikel aufzunehmen und durchzusetzen:

Schulpflichtige Kinder dürfen sich nach 23 Uhr nicht ohne Begleitung der Inhabenden der elterlichen Gewalt oder der zuständigen Erziehenden auf öffentlichen Strassen und Plätzen aufhalten.

Begründung

Um Eltern, Jugendarbeitern, Schulen, Polizeiorganen und weiteren „Betroffenen“ Unterstützung zu geben, ist eine Aufnahme des obigen Artikels mehr als sinnvoll. Damit ist eine Handhabe gegeben, Schulpflichtige nach 23 Uhr von öffentlichen Plätzen wegzuweisen. So können Vandalismus, Herumstreunen und Nachtruhestörung durch Jugendliche eingeschränkt werden. Eltern können sich auf das Reglement berufen und haben gegenüber Jugendlichen etwas „in der Hand“. Auch sind Polizeiorgane und weitere Befugte berechtigt, Fehlbare bei den Erziehungsberechtigten zu melden und nach Hause zu begleiten oder abholen zu lassen.

Der Motionär: M. Kiener und 10 Mitunterzeichnende.

194 1.302 Motionen, Postulate, Interpellationen**Benützungstarif Gemeindezentrum Lötschberg / Motion W. Holderegger (SP)**

Der Gemeinderat wird beauftragt, den Benützungstarif für ortsansässige Vereine oder Organisationen anzupassen:

- Die Tagesgebühren (Tarif-Tabelle B und C) sind mindestens auf die Ansätze vom 1. März 2000 zu reduzieren.
- Für die zusätzlichen Kosten (Tarif-Tabelle F ff.) wie Bühnenmeister, Klavier, Mikrofone sowie die Miete der Burgerstube bzw. Mehrzweckräume sind die Ansätze ebenfalls auf den Tarif vom 1. März 2000 zu korrigieren oder auf die Selbstkosten zu reduzieren.
- Küchenbenützung und Umsatzabgabe sind generell zu überprüfen.

Die Tarifierpassungen sind möglichst rasch umzusetzen.

Begründung

Der Benützungstarif des Gemeindezentrums Lötschberg (GZL) wird von verschiedenen Spiezer Vereinen seit der Anpassung auf 1. Januar 2006 kritisiert. Mit grösseren Veranstaltungen wie Konzerten, Theater oder Lottos werden Einnahmen für Vereinskassen und Zusatzposten im Budget von sozialen Organisationen finanziert. Viele der über 130 in Spiez aktiven Vereine und Organisationen sind für grössere Veranstaltung auf das GZL angewiesen.

Neben den Tagesgebühren (Bereich A-C) fallen auch die zusätzlichen Kosten (Bereich F ff.) für die Miete weiterer Räume wie Burgerstube sowie die unbefriedigende Regelung der Küchenbenützung mit der Essen- und Getränke-Umsatzabgabe ins Gewicht.

Mit den angehobenen Benützungstarifen und den z. T. tieferen Besucherzahlen werden die mit viel Aufwand erarbeiteten Erträge zunichte gemacht. Aus diesem Grund fragen sich verschiedene Vereine, ob der zusätzliche Aufwand mit grösseren Veranstaltungen nur magere Erträge zu generieren, überhaupt noch Sinn macht. Einzelne Vereine führen aus Kostengründen bereits keine grösseren Veranstaltungen mehr durch und müssen nach alternativen Lösungen suchen.

Der Motionär: W. Holderegger und 12 Mitunterzeichnende.

Schluss der Sitzung um 21.35 Uhr

NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES
Der Präsident Der Protokollführer

Ch. Hürlimann

A. Zürcher

Spiez, 2. Mai 2008/az